

3. Deutscher Volkskongress
(Pressedienst)

30. Mai 1949

Diskussionsverlauf des II. Sitzungstages

Ehemalige Kriegsgefangene - Vorkämpfer der Einheit

Kurz nach 10 Uhr eröffnete Wilhelm Pieck am Montag den zweiten Sitzungstag des 3. Deutschen Volkskongresses. Er erteilte als erstem dem Sprecher einer Delegation das Wort, die im Auftrage aus Polen heimgekehrter ehemaliger Kriegsgefangener den 3. Volkskongress begrüßte. Der Delegation gehörten Vertreter aus sämtlichen Zonen an. Ihr Sprecher betonte, daß man in den Volksrepubliken, besonders aber im neuen Polen, den Kampf um die deutsche Einheit auf demokratischer Grundlage mit starker Anteilnahme verfolge. Die Kriegsgefangenschaft habe ihnen gezeigt, erklärte der Redner, daß sich eine Versöhnung zwischen den Völkern der Volksrepubliken und den demokratisch gesinnsten Deutschen in immer stärkerem Maße anbahne. Sie sähen ihre wichtigste Aufgabe darin, diese Verständigungsarbeit fortzusetzen und auszubauen. In der Kriegsgefangenschaft habe es keinen Unterschied zwischen Ost- und westdeutschen gegeben. Gemeinsam hätten sie am Werk der Wiedergutmachung gearbeitet.

Unter langanhaltendem Beifall erklärte der Sprecher der ehemaligen Kriegsgefangenen abschließend: "Wer sich gegen die deutsche Einheit stellt, stellt sich gegen den Frieden. Wir Kriegsgefangenen, als die am längsten von den Kriegsfolgen Betroffenen, fordern im Namen aller Opfer des vergangenen Krieges alle Deutschen auf, sich in der Nationalen Front im Kampf um die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden zu vereinen."

Nur gesamtdeutsche Wirtschaft lebensfähig

Der erste Diskussionsredner am 2. Sitzungstag des Deutschen Volkskongresses, Josef Orlopp, Leiter der Hauptverwaltung Interzonen- und Außenhandel, erinnerte einleitend daran, daß im Juli 1948 ein Abkommen mit den westlichen Besatzungszonen im Gesamtbetrag von ca. 800 Millionen Mark durch die anglo-amerikanischen Besatzungsmächte zerrissen wurde im gleichen Augenblick, als in der Ostzone der Halbjahrplan anlief. Trotz der Sperrre sei es aber gelungen, den Halbjahrplan nicht nur zu erfüllen, sondern überzuerfüllen, weil die Nachbarstaaten und vor allen Dingen die Sowjetunion geholfen haben, die früher aus dem Westen eingerührten Rohstoffe und Fertigwaren hereinzunehmen. "So gab Polen z.B. die fehlenden Steinkohlen aus dem Ruhrgebiet, die Sowjetunion und die Tschechoslowakei lieferten Eisen, und alle anderen Rohstoffe haben wir auf Grund von Handelsverträgen mit anderen Staaten hereingeholt, so daß wir heute sagen können, daß auf Grund der abgeschlossenen Handels- und Kaufverträge der Zweijahrplan in der Rohstoff- und Fertigwarenzufuhr gesichert ist."

3. Deutscher Volkskongress
(Pressedienst)

30. Mai 1949
Diskussionsreden - 2

Josef Orlopp schilderte die katastrophalen Verhältnisse in Westdeutschland, wo von 12 Millionen Arbeitsfähigen rund 3 Millionen Kurzarbeiter oder Arbeitslose sind, wo sich die Geschäftszusammenbrüche von Tag zu Tag mehren, wo die Lager überfüllt sind und kein Absatz gerunden wird, wo das Volk selbst bei vollen Läden und überfüllten Lagern hungert.

Sogleich nach dem Abschluß der New Yorker Vereinbarungen trat die DWK erneut in Verhandlungen mit den Frankfurter Wirtschaftsbehörden, zunächst in Berlin, dann in Frankfurt ein. Diese Unterredungen wurden nunmehr, wie Orlopp - der gerade aus Frankfurt zurückgekommen war - mitteilte, auf Wunsch der Frankfurter Behörden, denen die notwendigen Vollmachten und Unterlagen fehlten, vertagt. "Wir tun aber weiterhin alles, um wieder zu einem ordnungsmäßigen Handel zwischen Ost und West zu kommen, wir wollen erreichen, daß der interzonale Handel wieder auf breitestem Grundlage aufgenommen wird!" Das sei auch notwendig, wie schon der Vorsitzende der DWK, Heinrich Rau, am 12. Mai sagte, damit vor allen Dingen Westdeutschland geholfen werde.

Der Redner führte aus einer Fülle von Beispielen einige Fälle an, aus denen hervorging, daß die westdeutsche Wirtschaft verzweifelt nach Absatz- und Beschäftigungsmöglichkeiten sucht, um ihre Betriebe aufrechtzuerhalten und von weiteren Einschränkungen oder gar Stilllegungen verschont zu bleiben. So arbeiten z.B. die Hanomag-Werke z.Zt. nur noch 38 Stunden und versuchen, Traktorenauträge in der Ostzone zu bekommen. "Die Continental-Werke in Hannover haben mit uns verhandelt und uns jede Menge Reihen angeboten. Die Waggonfabrik will Eisenbahnwaggons für die Ostzone reparieren, weil die westdeutschen Waggons in Belgien repariert werden. Ebenso sind die Lokomotiven-Werke Kraus-Maffei, München, bereit, Kesselanlagen, Maschinenausrüstungen und dergl. in Auftrag zu nehmen und auch die Reichswerke Salzgitter haben Erzeugnisse aller Art angeboten. Der Fischimport hat in Westdeutschland so großen Umrang angenommen, daß die Fischdampfer in Hamburg stillgelegt werden müssen. Die Fischereigesellschaft will mit ihren Fahrzeugen für die Ostzone arbeiten, und wir haben dieses Angebot angenommen.

Im Westen fehlen die Absatzmöglichkeiten nach Osteuropa, zumal die Westmächte gar nicht daran denken, in Westdeutschland Fertigwaren zu kaufen. Nach vorläufigen Schätzungen dürfte die Auslandsverschuldung westdeutschlands Ende 1949 rund 8,6 Milliarden Mark betragen. Dagegen hat die sowjetische Besatzungszone keinen Pfennig Schulden gemacht und hat eine Wirtschaft aufgebaut, die sich sehen lassen kann und die dem Frieden dient." Mit Recht fragte Orlopp, wer die westdeutschen Politiker beauftragt habe, diese Schulden zu machen, deren Bezahlung gemäß einer Mitteilung auf der Londoner Außenministerkonferenz noch vor der Abdeckung der im Friedensvertrag festzulegenden Reparationen erfolgen müsse.

Der Redner erinnerte dann an die wachsenden Importziffern und sinkenden Ausfuhren Westdeutschlands und an die verschleierten Reparationen. So hätte Westdeutschland allein 130 Millionen Mark mehr

3. Deutscher Volkskongress
(Pressedienst)

30. Mai 1949
Diskussionsreden - 3 -

bekommen müssen, wenn die JEIA statt der Unterpreise für Kohlen die normalen Sätze gezahlt hätte. Dasselbe treffe zu bei Schrott, bei Holz und verschiedenen anderen Dingen. Orlopp fuhr dann fort: "Wir haben die Vorarbeit geleistet für den Anschluss Westdeutschlands nach Ost-europa, das schon vor dem Kriege das natürliche Absatzgebiet West-deutschlands war und auch in Zukunft wieder sein muss. Wir können aus Osteuropa Lebensmittel und Rohstoffe dafür bekommen, ohne eine dauernde Verschuldung Deutschlands einzugehen.

Arbeiter, Angestellte, Fabrikanten, Wissenschaftler, alle müssen mithelfen, damit es durch die nationale Front gelingt, dass die Zonen-grenzen fallen, dass wir zu einem Friedensvertrag kommen, der uns endlich einmal sagt, inwieweit unsere Leistungen überhaupt noch zu gehen haben, zu einem Friedensvertrag, der verbunden ist mit dem Ab-zug der Besatzungsmächte und der uns wieder die Möglichkeit gibt, an einer besseren Zukunft zu arbeiten. Deshalb fordern wir die Nationale Front in dem Notstand, in dem Deutschland steht, deshalb fordern wir den Zusammenschluss aller wirklich demokratischen Kräfte, aller na-tionalen Kräfte, die es mit Deutschland gut meinen."

"Zerbrecht die gläserne Mauer!"

"Eine gläserne Mauer steht zwischen den Deutschen im Westen und Osten", erklärt der Schriftsteller Dr. Urbach aus Hannover, der 2. Diskussionsredner. Diese gläserne Mauer niederzulegen, sei eine der wesentlichsten Aufgaben, die sich namhafte Kulturschaffende in Westdeutschland gestellt hätten. Die Not gerade der geistigen und künstlerischen Kräfte in den Westzonen sei unvorstellbar. "Wir wissen, dass hier in der Ostzone viel mehr für die Intelligenz getan wird. Bekannte Schriftsteller in den Westzonen sind gezwungen, unter Pseudo-nym Kriminalreisser zu schreiben, um sich und ihre Familie zu ernähren. Im Lande Niedersachsen gibt es über 1 200 Ärzte ohne Existenzmöglich-keit. Sie schauen sehnüchsig nach der Ostzone, aber die gläserne Mauer hindert sie, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Eine Reise nach Berlin und in die Ostzone ist für viele der Menschen, die seit 1945 nicht mehr in Berlin und in der Ostzone waren, geradezu eine Nord-polexpedition; soweit sind wir heute in Westdeutschland schon ge-kommen."

"Diese Abgründe", ruft Dr. Urbach leidenschaftlich aus, "müssen überbrückt werden, damit die Deutschen wieder zueinander finden. Wir wollen aber auch den russischen Menschen und Russland kennenlernen, von Mensch zu Mensch. Was wissen wir im Westen vom der grossen russi-schen Kultur? Nicht nur das vergangene Russland wollen wir kennен-lernen, wir wollen auch endlich etwas erfahren von dem heutigen Russ-land, von Maxim Gorki, von Lenin, von Mitschurin und Lyssenko. Wir wollen die geistige Blockade brechen, in die wir uns selbst, nicht so sehr durch feindliche Propaganda, sondern durch unsere eigene Schuld, durch unser eigenes Unverständnis hineinbegeben haben. Die gläserne Mauer zwischen West und Ost gemeinsam zu zerbrechen, das ist die Auf-gabe, die heute voralien Deutschen steht!"

3. Deutscher Volkskongress
(Pressedienst)

30. Mai 1949
Diskussionsreden - 4 -

Deutschlands Frauen kämpfen für Einheit und Frieden

Frau Elli Schmid vom Demokratischen Frauenbund Deutschlands, die als nächste spricht, führte aus: "Auf der letzten Bundesvorstandssitzung des DFD wurde die Bildung der Nationalen Front von allen Anwesenden begrüßt und beschlossen, dass der DFD zusammen mit allen Frauen, auch den Frauen aus den Westzonen, eine starke Kraft in der Nationalen Front bilden wird. Die Frauen stellen die Mehrheit unseres Volkes dar und sind am elementarsten am Frieden interessiert."

Die Nationale Front kämpft gegen einen Sklavenfrieden - für einen gerechten Friedensvertrag, der eine Einheit Deutschlands einschliesst. Die Frauen des DFD sind der Überzeugung, dass wir Deutsche in der Lage sind, uns selbst zu verwälten. Sie begrüßen daher Wyschinskijs Vorschlag, einen Deutschen Staatsrat zu bilden.

Der 3. Volkskongress ist ein Beweis dafür, dass sich die Deutschen aller Zonen verständigen können. Auch die Frauen werden sich diesmal ihrer Pflicht nicht entziehen. Bereits in einem Brief an westdeutsche Frauenorganisationen haben sie erst vor kurzer Zeit wieder zu engerer Zusammenarbeit aufgefordert. Alle Frauen, die wir zum 3. Volkskongress eingeladen haben, sind nach Berlin gekommen, allein aus Hamburg 38 Frauen, davon 30, die das erste Mal die sowjetische Besatzungszone nach 1945 besuchen.

Die Frauen haben ihren Friedenswillen bereits gezeigt. 5 1/4 Millionen Unterschriften für das Verbot der Atombombe sind Unterschriften für den Frieden und auch für die Einheit Deutschlands. Hätten die Frauen in Westdeutschland die Freiheit gehabt und wären sie nicht von den Westmächten daran gehindert worden, hätte die Unterschriften- sammlung in Westdeutschland den gleichen Erfolg gehabt, denn keine Frau will den Krieg. Als die Unterschriften in Prag überreicht wurden, hatten vorher 3 Frauen aus Lidice gesprochen. Wir wollen dazu beitragen, ihre Tränen zu trocknen, wir wollen den Beweis dafür bringen, dass es von uns aus nie wieder zu einem Kriege kommt.

Auf dem 2. Weltkongress der Internationalen Demokratischen Frauen-Föderation in Budapest, auf den Friedenskongressen in Prag und Paris haben wir gefühlt, wie stark der Verständigungswille der Frauen der Welt ist. Es muss auch möglich sein, mit allen deutschen Frauen Freundschaft zu schliessen. Auf dem gestrigen Zusammensein von DFD-Frauen und Frauen aus dem Westen wurde festgelegt, daß wir zusammen gemeinsam arbeiten wollen.

Unser Ruf geht vom 3. Deutschen Volkskongress an alle deutschen Frauen: Schließt Euch zusammen! Reiht Euch ein in die große Nationale Front, die für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden kämpft!"

Zusammenarbeit aller ehrlichen Deutschen

"Unsere Aufgabe ist es", so betonte der Vorsitzende der LDP Sachsen, Dr. Thürmer, "dafür zu sorgen, daß unsere Arbeit noch viel mehr intensiviert, daß sie auf breitere Basis gestellt wird und daß wir in Zukunft noch bessere Methoden der Zusammenarbeit zur Er-

3. Deutscher Volkskongress
(Pressedienst)30. Mai 1949
Diskussionsreden - 5 -

füllung dieser Aufgabe finden. In die Nationale Front für Einheit und Frieden gehören alle, die wirkliche Republikaner, wirkliche Demokraten sind und auf dem Boden der Verfassung stehen. Wir müssen uns vereinigen mit allen unseren Kräften und müssen dafür sorgen, daß alles aus der Zusammenarbeit ausgemerzt wird, was irgendwie dieser Zusammenarbeit schaden könnte."

"Es ist jetzt höchste Zeit", so fuhr Dr. Thürmer fort, "die Tore unserer Nationalen Front, die nichts Neues, sondern nur eine Fortsetzung, ein Ausbau unserer alten Bewegung für Einheit, Frieden und Selbstbestimmung ist, weit aufzumachen für alle die, die auf dem Boden unserer Verfassung stehen und wirkliche, wahrhaftige Republikaner und Demokraten sind. Wir dürfen nicht Halt machen vor denen, die in den Jahren vor 1945 vielleicht gestrauchelt sind, die nach dem anfänglichen Widerstand gegen die nationalsozialistische Tyrannei diesen Widerstand in der Öffentlichkeit aufgegeben haben. Alle, die sich bewährt haben seit 1945, gehören in die Nationale Front. Wir müssen dafür sorgen, daß sie vollgültige Staatsbürger werden."

Wir müssen aber auf der anderen Seite unsere Tore schließen vor denen, die im Dienst des Auslandes stehen, im Dienst von Kriegshetzern und Kriegstreibern; denn sie würden sie erschüttern und zerstören.

Die Blockpolitik, die wir treiben, ist keine erzwungene Angelegenheit, sondern eine Sache der Überzeugung, ganz anders, als es Dr. Schumacher darstellt. Wir als Liberaldemokraten sind bereit, die volle Verantwortung vor der Geschichte zu übernehmen für unser Bemühen, unser heißes Streben, ein neues, besseres Zusammenleben in politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Beziehung in unserem Vaterlande herbeizuführen, weil wir der festen Überzeugung sind, daß nur auf diesem Wege die Demokratie ganz fest in unserem Vaterlande verankert werden kann."

Freie Bäuerinnen stehen zur Nationalen Front

Von Beifall begrüßt, betritt dann die Bäuerin Frau Reimers aus Teltow die Rednertribüne. Sie verweist einleitend auf den Druck, den die Reaktion jahrhundertelang gerade auf die Bauern ausübte, um die demokratische Entwicklung auf dem Dorf zu verhindern, und betont: "Die Tatsache, daß ich heute als Delegierte des 3. Deutschen Volkskongresses gemeinsam mit Werktätigen aus allen Schichten unseres Volkes Stellung nehmen kann, zeigt, welche Veränderung sich in der Ostzone insbesondere auch auf dem Dorf seit 1945 vollzogen hat. Wir Frauen haben aus der Vergangenheit gelernt; das haben nicht zuletzt die Wahlen zu diesem Kongress bewiesen. In allen Dörfern haben sich die Bäuerinnen nahezu 100%ig an den Wahlen beteiligt und ein klares und eindeutiges Ja für Frieden und Einheit unseres Vaterlandes ausgesprochen."

Es sei aber notwendig, so fuhr Frau Reimers fort, daß sich nicht nur in der Ostzone, sondern in ganz Deutschland die Frauen zusammenschließen, damit ihre Kinder niemals mehr die Schrecken des Krieges kennenzulernen brauchen. Je mehr sich die Frauen in der Nationalen Front zusammenschließen, umso mehr werde ihre Stimme bei den Mächten

3. Deutscher Volkskongress
(Pressedienst)

30. Mai 1949
Diskussionsreden - 6 -

gehört werden, die jetzt in Paris über Deutschlands Zukunft entscheiden.

"Wir Frauen Deutschlands", rief Frau Reimers aus, "haben das glückliche Bewußtsein, daß Millionen Frauen in der ganzen Welt an unserer Seite stehen und mit uns für den Frieden kämpfen. Wir denken dabei mit besonderer Dankbarkeit an die Frauen der Sowjetunion, die durch den Hitlerkrieg schwerstes Leid erduldeten und dennoch die ersten waren, die uns Frauen in Deutschland die Hand zum Frieden entgegenstreckten. Der 3. Deutsche Volkskongress muß uns allen Ansporn sein, noch mehr als bisher alle Kräfte einzusetzen, damit die Nationale Front für Einheit und gerechten Frieden bald alle Deutschen einschließt."

Im Anschluß an die Ausführungen von Frau Reimers macht Wilhelm P i e c k die Mitteilung, daß die Belegschaft des Volkseigenen Stahlwerks Riesa zu Ehren des 3. Deutschen Volkskongresses eine Sonderstichicht einlegte. Dabei konnten im Stahlwerk die Stundenleistung pro Tonne um 40% gesteigert und im Rohrwerk die bisher höchste Tagesleistung erreicht werden. Mit herzlichem Beifall danken die Volkskongressdelegierten für diesen tatkräftigen Beitrag zum Neuaufbau und damit auch zum Kampf für Einheit und Frieden.

Junge Sozialdemokraten erkennen die Wahrheit

Mit besonderer Aufmerksamkeit folgten die Teilnehmer den Ausführungen des jungen Delegierten V o g t aus Hamburg, der den F a l k e n angehört. Der junge Sozialdemokrat betonte einleitend die Aufrichtigkeit, mit der er sich zur Nationalen Front bekenne. "Viele denken wie ich", sagte Vogt und schilderte, wie durch politische Druckmittel, Verhetzung und die Verweigerung wirtschaftlicher Hilfe für die Teilnehmer am nationalen Kampf versucht wird, die westdeutsche Jugend von der Nationalen Front fernzuhalten. "Für uns jugendliche Arbeiter bedeutet der Lohnausfall eines Tages ein unüberwindliches Hindernis für eine Reise nach Berlin."

Wenn auch noch weite Kreise der Jugend, deren Idealismus durch das Naziregime so furchtbar mißbraucht wurde, dem politischen Leben mißtrauisch gegenüberstehen, so sagte Vogt, "sind doch auch unter uns viele bereit, für Frieden und Einheit zu kämpfen".

Den vielgepriesenen "Goldenen Westen" charakterisierte der Redner mit den Wörtern: "Es ist nicht alles Gold, was glänzt!" Er sei vom Osten wie viele andere angenehm enttäuscht worden. "Hier im Osten wird das Wort Arbeit groß geschrieben. Nur durch die Arbeit seid ihr hier im Osten weiter gekommen, und nur durch die Arbeit können auch wir weiterkommen!"

Der Redner schloß mit dem eindringlichen Aufruf: "Jeder, dem die Heimat noch etwas gilt, muß die Parteibrille ablegen, seinen Blick nur auf das gemeinsame große Ziel - die Einheit - richten und sich zur Nationalen Front bekennen!"

3. Deutscher Volkskongress
(Pressedienst)

30. Mai 1949
Diskussionsreden - 8 -

Volkswille stärker als Lügen

Als Angehöriger der freien Berufe, als Marxist und Sozialist sprach im Namen jener ehrlichen Sozialdemokraten, die auf dem Kongress nicht vertreten sind, Paul Kohlhöfer aus Frankfurt a. Main. Aus Besprechungen mit vielen seiner sozialdemokratischen Freunde habe sich ergeben, daß sie mit der Politik Schumachers nicht einverstanden seien. Sie sehen ein, daß Deutschland ein Ganzes sein und bleiben müsse. Zum Bonner Grundgesetz stellt der Redner fest: "Warum hat man in Westdeutschland nicht die Meinung der Bevölkerung dazu eingeholt? Weil man genau weiß, daß die Bevölkerung auch im Westen in seiner überwiegenden Mehrheit dieser Verfassung seine Zustimmung nicht gegeben hätte! - Wenn irgendwo in Deutschland ein Verfassungsentwurf gemeinsam ausgearbeitet wurde, wenn es irgendwo einen Entwurf gibt, in den keine Besatzungsbehörden hineinreden, wenn es irgendeinen Entwurf gibt, der bereits in einer demokratischen Volksabstimmung sanktioniert wurde", so stellte der Redner fest, "dann ist es der Verfassungsentwurf des Deutschen Volksrates."

Für eine Nationale Front der Tat

Schulrat Dr. König, Nordhausen, betont, wie stark der Ruf ist, der über die Zonengrenzen hinweg dringt. Durch Einschüchterung, durch Verleumdung und durch gewissenlose Hetze wolle man die deutschen Menschen in die Zonengrenzen bannen. Unter Ausnutzung der hängengebliebenen Reste der Goebbels-Propaganda verleumde man die Sowjetunion und den demokratischen Aufbau aus eigener Kraft. "Es bedarf eines mächtigen Hammers", rief König aus, "der wuchtige Schläge gegen den Eisernen Vorhang führt, um endlich in Deutschland wieder gesunde Zustände herzustellen. Dazu muß die große Volkskongressbewegung erweitert und vertieft werden.

Diese Nationale Front, dieser Zusammenschluß aller Deutschen muß mehr sein als politische Taktik, muß mehr sein ein noch so begeisterter Bekenntnis. Die Nationale Front muß die Verkörperung des Selbsterhaltungswillen der Nation sein. Darum muß auch die Arbeit der Nationalen Front gründlich durchorganisiert werden. Wir wollen ja keine neue Organisation schaffen, aber wir müssen die Kräfte, die in der Nationalen Front vereinigt sind, zusammenfassen zu wirklicher Aktivität. Es wird Aufgabe des Deutschen Volksrates sein, uns die Richtlinien hierfür zu geben.

Wir müssen die immer mehr anschwellende Bewegung im Westen, die uns entgegenbrandet, in unsere große Front einbeziehen. So wird sie zu einer Macht werden, die niemand brechen kann.

Eine solche Phalanx des nationalen Willens wird die Unterstützung der Friedensmächte in der ganzen Welt finden. Es kommt jetzt darauf an, die Friedensfront der Freiheit zu organisieren, es kommt jetzt darauf an, nicht nur über den Frieden zu reden, sondern für den Frieden zu handeln."

3. Deutscher Volkskongress
(Presseamt)

30. Mai 1949
Diskussionsreden - 7 -

Westdeutsche Frauen stehen nicht zurück

Wilhelmine Schirmer - Froscher (DFD) berichtet in ihrem Diskussionsbeitrag von ihrer Reise nach Westdeutschland anlässlich der interzonalen Zusammenkunft deutscher Politiker in Hannover, die von der britischen Militärregierung verboten wurde.

Das Verbot der hannoverschen Besprechungen verstoße gegen das Gründgesetz, dessen § 8 die Versammlungsfreiheit "garantiert". Es habe den Anschein, als habe man Angst vor den geistigen Waffen der in Hannover versammelten Menschen gehabt. Trotz des Verbotes hatten die Frauen eine Resolution angenommen, in der es unter anderem heißt: "Trotz des heutigen Versammlungsverbotes sind wir Frauen fest entschlossen, unsere Gespräche weiterzuführen und von Hannover aus unsere Stimme zu erheben." Daß dies auch zur Tat geworden sei, stelle die Anwesenheit so vieler westdeutscher Frauen auf dem Volkskongress unter Beweis.

An zahlreichen Beispielen zeigte die Rednerin, daß das Bild, das sich der Bewohner der Ostzone gewöhnlich von der Wirtschaftslage im Westen zu machen pflegt, nicht der Wirklichkeit entspricht. Ihre Ausführungen wurden von den anwesenden westdeutschen Delegierten lebhaft bestätigt. Auch die politische und berufliche Stellung der Frau im Westen sei mit derjenigen der Frau in der Ostzone nicht zu vergleichen. Die Folge davon sei, daß die Bevölkerung im Westen der Zukunft apatisch gegenüberstünde. "Aber es gibt einen Kreis von Menschen, nämlich der Jugend des Westens, die durch den vergangenen Krieg belehrt ist und die Notwendigkeit, mit Ostdeutschland zusammenzukommen, sieht. Nur dann wird Deutschland eine Zukunft haben."

Landwirtschaft braucht die Einheit

Der Vorsitzende der VdgB, Körting, Halle, hob hervor, daß der Ruf der Nationalen Front für Einheit und Frieden in der Landbevölkerung besonderen Widerhall gefunden habe. Er wies darauf hin, daß außer vielen Hunderten von Altbauerndörfern zahllose Neubauerndörfer fast einstimmig bei den Wahlen zum Volkskongress ihre Ja-Stimme gaben. Auch in Westdeutschland finden die Bestrebungen des Volkskongresses eine starke Anteilnahme. Es bestehe Einstimmigkeit darüber, daß die nationale Einheit die Voraussetzung für eine gesunde und fortschrittliche Entwicklung der deutschen Landwirtschaft sei. Es gelte, eine einheitliche Agrarpolitik zu verwirklichen, die nicht ausländischen Exportinteressen, sondern den Belangen unserer Landwirte und den Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes dient. Körting lehnte alle Bestrebungen zur Bildung eines westdeutschen Separatstaates ab, weil das Interesse der Bauern die Beseitigung aller Zonengrenzen, freien Handel zwischen Ost und West und eine gesamtdeutsche Agrarpolitik erfordert.

3. Deutscher Volkskongress
(Pressedienst)

30. Mai 1949
Diskussionreden - 9 -

Kampf für die Einheit ist Kampf gegen Not

Als Vertreter der Arbeiter des Opel-Werks in Rüsselsheim sprach der Arbeiter Kurt Ebert. Seinen Erlebnissen in der Ostzone, deren unermüdlicher Kampf für den Frieden und den Wiederaufbau den stärksten Eindruck auf ihn gemacht hat, stellte er eine Schilderung von den schweren Lohnkämpfen gegenüber, die seit zwei Monaten in Rüsselsheim in Gang sind. Diese Kämpfe haben ihre Ursache im dauernden Steigen der Lebensmittelpreise. In diesem Kampf zeigte sich auch, daß die Spalter der Gewerkschaftseinheit gleichzeitig die Gegner einer Einheit Deutschlands sind. Mit Verboten von Vertrauensmännerversammlungen suchte man den Lohnkampf zu unterbinden und ein Bekenntnis der Belegschaft zur Einheit Deutschlands zu verhindern. Die Entlarvung der Feinde der Werkstätigen bezeichnete Ebert als die Hauptaufgabe, um alle Schaffenden für den Kampf um die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden zu gewinnen.

Jugend an der Seite der nationalen Vorkämpfer

Der Delegierte des überparteilichen Blocks im Kreise Eschwege, Krug, bezeichnete den Deutschen Volksrat als die einzige Institution, die berufen sei, die Interessen des deutschen Volkes zu vertreten. Die westliche Presse sei gar keine deutsche, sondern eine deutsch-amerikanische Presse, die den Westen gegen den Osten aufhetze und sich zum Sprachrohr einer Kriegshetze gegen die Sowjetunion mache.

Unter stärmischem Beifall erklärte der Redner im Namen unzähliger nicht organisierter junger Menschen im Westen, daß der Kommunist Max Reimann für sie das Symbol des nationalen Widerstandes im Westen sei. Er und Tausende anderer junger deutscher Menschen wären bereit, für Max Reimann und mit Max Reimann für die nationale Front in die Gefängnisse zu gehen.

Marshallplan bringt Elend und Versklavung

Friedel Mittlehöfer vom Stahlwerk Osnabrück bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß dieser Kongress dazu beitragen möge, von hier aus an den Außenministerrat in Paris den Wunsch heranzutragen, die Hoffnungen aller Deutschen auf nationale Einheit und gerechten Frieden zu erfüllen. Der Redner berichtet von dem Osnabrücker Elendsgebiet. Reparaturaufträge der westdeutschen Eisenbahn werden an das Ausland vergeben, obwohl die Osnabrücker Werke in der Lage gewesen wären, diese Aufträge durchzuführen. Aber die Arbeiter der Zubringerbetriebe für die Reichsbahn seien nicht gewillt, sich der JEIA-Politik und der Marshallverwaltung bedingungslos zu unterwerfen. Es müßten Maßnahmen gegen die geplante nationale Versklavung und Abhängigkeit ergriffen werden.

3. Deutscher Volkskongreß
(Pressedienst)

30. Mai 1949
Diskussionsreden - 10 -

Ruhrkumpel rufen zur Einheit

Bergarbeiter H o l b e r g aus dem Ruhrgebiet übermittelte die Grüße und Solidaritätswünsche der Bergarbeiter an der Ruhr. Er geisselte die Politik der westdeutschen Gewerkschaftsführung, die darauf hinauslaufen, großkapitalistische Interessen zu vertreten. "Wir haben den Wunsch, mit der Bevölkerung der Ostzone zusammenzustehen und zusammenzuleben. Laßt die Zonengrenzen endlich fallen! Stellt Euch hinter die Forderungen des Volkskongresses!", rief Holberg aus und bezeichnete als das wichtigste Ziel aller Deutschen die Erringung der Einheit Deutschlands und den Frieden der Welt.

Wachsende Erkenntnis der werktätigen Jugend
im Westen

Hans S c h m i d t, Bezirksjugendleiter aus Oberfranken, wies einleitend darauf hin, daß die Zahl der fortschrittlich denkenden jungen Kräfte im Westen ständig zunehme, was sich sogar innerhalb der Falkenbewegung in Bayern bemerkbar mache. Schmidt wies auf das Fehlen von Ausbildungsmöglichkeiten für die Jugendlichen hin. So würden z.B. in Nürnberg 8 000 Lehrstellen benötigt, während nur 800 zur Verfügung ständen. Der Redner beendete seine Ausführungen mit dem Gelöbnis, sich noch stärker als bisher für die Einheit unseres Vaterlandes einzusetzen.

• + + +

Mit den Ausführungen Hans Schmidts fand die Aussprache ihren Abschluß. Der Vorsitzende des Volkskongresses, Wilhelm r i e c k, stellt fest, daß 31 Diskussionsredner gesprochen haben, davon 13 aus den Westgebieten Deutschlands. Darauf erstattete die Mandatsprüfungskommission ihren Bericht.